

## Ein Jahr mit Schlichtungen, Datenschutz und Überwachung

Breit war das Arbeitsspektrum der Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation im vergangenen Jahr: Es reichte von Nachhaltigkeitspolitik über Videoüberwachung bis zur Autoversicherung.



Die Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation legte ihren Tätigkeitsbericht von 2023 vor.

### Jean-Michel Wirtz

**Freiburg** Der Zugang zu amtlichen Dokumenten, die Umsetzung des neuen Datenschutzgesetzes, die Videoüberwachung und die Mediation zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung beschäftigten im vergangenen Jahr die kantonale Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation intensiv.

Dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, dass es 21 Schlichtungsanträge bezüglich Zugang zu amtlichen Dokumenten gab.

Ein solcher Fall betraf Dokumente der Pensionskasse des Staatspersonals, zu denen ein Verein Zugang verlangte. Einen Teil dieser Unterlagen machte die Pensionskasse zugänglich. Jedoch verweigerte sie Dokumente zur Nachhaltigkeitspolitik ihrer Anlagen, den Vertrag zwischen der Kasse und einer Stiftung sowie Unterlagen über Investitionen in Kohle, Öl und Gas. Zu letzterem gebe es nämlich keine. «Nach einer Schlichtungssitzung mit der Beauftragten wur-

de eine Teileinigung erzielt: Die Pensionskasse übermittelte ihre Präsentation in Bezug auf die Nachhaltigkeitspolitik und den Vertrag mit der Stiftung mit den geschwärtzten Stellen, die unter das Geschäftsgeheimnis fallen, nach Rücksprache mit der Stiftung», berichtet die Beauftragte für Öffentlichkeit und Datenschutz Martine Stoffel im Bericht.

### Umsetzung eines neuen kantonalen Gesetzes

Das neue kantonale Daten-

schutzgesetz ist seit dem 1. Januar 2024 in Kraft. Es gilt für Organe des Staats, Gemeinden und juristische Personen des öffentlichen Rechts (die FN berichten). Unter anderem müssen Stellen, die Personendaten bearbeiten, bereits während der Konzeption einer neuen Datenbearbeitung technische und organisatorische Massnahmen vorsehen, um diese Daten zu schützen. Weiter muss die Kantonsverwaltung ein Netzwerk von Ansprechpersonen für den Datenschutz ein-

führen.

Wenig überraschend kamen somit mehr Anfragen von Behörden und Gemeinden. «Um diese bestmöglich zu beantworten, hat die Behörde für Öffentlichkeit, Datenschutz und Mediation auf ihrer Website etliche Merkblätter

## «Nach einer Schlichtungs- sitzung wurde eine Einigung erzielt.»

**Martine Stoffel**  
Beauftragte für Öffentlichkeit

und Links zu Arbeitsinstrumenten aufgeschaltet.»

Bezüglich Videoüberwachung des öffentlichen Raums gibt die Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz Stellung-

nahmen ab. 25 Dossiers seien es im vergangenen Jahr gewesen, zum Beispiel eines vom Museum für Kunst und Geschichte und eines von den Gemeinden Cottens, Cressier und Belmont-Broye für ihre Abfallsammelstellen.

### **Vermittlerin bei Streit mit den Behörden**

Bei der Mediationsstelle für Verwaltungsangelegenheiten seien 37 Anfragen eingegangen zu Steuerbescheiden, Verzugszinsen wegen falscher Referenznummer, Baubewilligungen, Familienzulagen, Rückzahlungen von Gesundheitskosten, Entscheiden des Jugendamtes und zum Wechsel der Autoversicherung. Die Mediationsstelle erinnert daran, dass sie bei Streitfällen von Bürgerinnen und Bürgern mit den Behörden als unabhängige Vermittlerin wirkt. Konflikte zwischen der Bevölkerung und dem Parlament, Regierung, Staatsrat, Gemeinden, Gerichtsbehörden, Strafverfolgungsbehörden, Kirchen und konfessionellen Gemeinschaften fallen nicht in ihren Handlungsbereich.